

Aufrecht.

Zeitung des AfD-Kreisverbandes Dresden | #1 2023

10

JAHRE
AfD



Inhaltsverzeichnis

10 Jahre AfD in Dresden	2
Dresden braucht 0 Asylunterkünfte!	3
Finanzpolitische Märchen zur Inflation (Teil 2)	4
Expertenforderung: Impfungen stoppen und juristische Schritte gegen Verantwortliche einleiten	5
Tino Chrupalla im Interview	6
Beiträge aus der Stadtratsfraktion	8
Hätten Sie es gewusst?	9
„Zivilgesellschaft“ Eine Mogelpackung	10
Gegen die Sprachdiktatur	11

Impressum

Herausgeber: AfD-Kreisverband Dresden
Tauernstraße 1a
01279 Dresden

E/Mail: vorstand@afd-dd.de

Redaktion: René Lange
Vi.S.d.P.: André Wendt
Druck: Druckhaus Scholz
Auflagenhöhe: 15.000 Stk.
Ausgabe: Nr. 7 / Mai 2023

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwahrend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

KREISVERBAND DRESDEN



Spende:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Dresden
IBAN: DE86 8505 0300 0225 7351 13
Ostsächsische Sparkasse Dresden

Verwendungszweck:
Ihr Name und Ihre Adresse
(für Spendenquittung)



AfD-Kreisverband Dresden im Web:
afd-dd.de



AfD-Kreisverband Dresden auf facebook:
fb.com/afddresden



AfD-Kreisverband Dresden auf Telegram:
t.me/afddresden

Legende:

AW = André Wendt
HJZ = Hans-Jürgen Zickler
MJ = Martina Jost
JK = Dr. Joachim Keiler
StaFra = AfD-Stadtratsfraktion Dresden

10 JAHRE

AfD in Dresden

„Das Beginnen wird nicht belohnt, einzig und allein das Durchhalten“ (Katharina von Siena)

Am 6. Februar **2013** wurde im hessischen Oberursel die Alternative für Deutschland gegründet. Vor allem Angela Merkels Europolitik lehnen die Gründer der AfD ab und haben damit vom ersten Tag an ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen Parteien. Am 28.04.2013 gründete sich unser sächsischer Landesverband und am 10.11.2013 der Kreisverband Dresden. Im gleichen Jahr trat die AfD erstmalig zur Bundestagswahl an und verpasst mit 4,7 Prozent nur knapp den Einzug in den Bundestag.

Im Frühjahr des Jahres **2014** tritt die AfD dann erstmalig bei der Europawahl an und zieht mit einem Ergebnis von 7% in das EU-Parlament ein. Zur gleichen Zeit finden in Dresden die Kommunalwahlen statt. Mit einem Ergebnis von ebenfalls 7% zieht die AfD gleich beim ersten Mal in den Dresdner Stadtrat ein. Im Herbst 2014 schafft die sächsische AfD mit knapp 160.000 Wählerstimmen oder 9,7 % bereits beim ersten Mal den Einzug in den Sächsischen Landtag und war damit der erste Landesverband, der in ein Parlament einzog.

Während alle anderen Parteien im Jahr **2015** eine Willkommenskultur zelebrierten, die nicht schädlicher für unser Land und unsere Bürger hätte sein können, ist es einzig die AfD, die auf die Gefahren dieser Politik hinweist. Migrationspolitik wird neben der Europapolitik ein zweites wichtiges Themenfeld innerhalb unserer Partei.

Im Jahr **2017** tritt die AfD das zweite Mal zur Bundestagswahl an. Mit 12,6 Prozent ist sie auf Anhieb drittstärkste Kraft und zieht in den Bundestag ein. In Sachsen wurde die AfD mit rund 670.000 Wählerstimmen bzw. 27,0 % sogar knapp vor der CDU stärkste Kraft.

2019 war dann wieder ein Superwahljahr mit Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen. Bei der Europawahl erreichte die AfD bundesweit 11% und konnte somit zum zweiten Mal in Folge in das EU-Parlament einziehen. Bei den Kommunalwahlen konnte die AfD ihren Stimmenanteil ebenfalls verbessern und zog mit 17,1% als drittstärkste Kraft in den Stadtrat ein. Mit 27,5 % der Zweitstimmen zog die sächsische AfD dann im Jahr 2019 zum zweiten Mal in den Sächsischen Landtag und wurde zweitstärkste Kraft.

Die Bundestagswahl **2021** stand vor allem im Zeichen der autoritären Gesundheitspolitik der Bundesregierung und der damit verbundenen Freiheitseinschränkungen. Die AfD war dabei die einzige politische Kraft, die auf die vielen Rechtsbrüche hinwies. Aber auch die vor allem durch die Merkel-CDU begonnene Energiepolitik warf, lange vor dem Krieg in der Ukraine, ihre Schatten voraus. Anlässlich des zehnten Geburtstags unserer Bürgerpartei kann man nur feststellen:

Die Gründung der AfD ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Ohne das Engagement vieler ehrenamtlicher Mitglieder wäre das nicht möglich. Vielen Dank für 10 Jahre an unserer Seite!

Und wir sind bereit für mehr: Als einzige parlamentarische Partei stehen für uns immer die Interessen der eigenen Bürger im Vordergrund. Wir wollen und werden politische Verantwortung übernehmen, um Deutschland wieder auf einen Kurs der Vernunft zu führen.

Wir brauchen genau 0 neue „Asyl“-Unterkünfte in Dresden

Nachdem OB Hilbert und Baubürgermeister Kühn bereits Ende des letzten Jahres heimlich, still und leise ein Containerdorf für „Asylbewerber“ in Auftrag gegeben hatten, kommt nun der nächste Hammer: Es sollen sechs weitere Standorte in Dresden mit derartigen Containerdörfern bebaut werden. Bei den sechs Standorten handelt es sich ausnahmslos um Objekte inmitten von Wohngebieten für vorrangig junge Männer aus dem arabischen Kulturkreis. Die voraussichtlichen Gesamtkosten für diese Standorte beziffert die Stadt Dresden auf ca. 33,1 Mio für die nächsten zwei Jahre. Bei einer Gesamtkapazität von ca. 584 Personen macht das ca. 2.400 Euro im Monat pro „Asylbewerber“. Darin enthalten sind aber noch keine Kosten für Verpflegung, ärztliche Versorgung oder Kosten für Polizeieinsätze. Die Auswirkungen auf die Sicherheitslage in den Stadtteilen werden ignoriert, genauso wie die Themen Naturschutz oder Hochwasserschutz, die sonst regelmäßig wichtige Investitionen verhindern. Bei der Standortfindung von „Asyl“-Unterkünften wird alles vollkommen ausgeblendet.

Mit den Stimmen von FDP/SPD/LINKE/GRÜNE stimmte am 11. Mai der Stadtrat für die Errichtung und Betreuung dieser sechs „Asyl“-Containerunterkünfte.

CDU in Sachsen schiebt 16.000 abgelehnte Asylbewerber nicht ab!

Während RotRotGrün auch in den Stadtbezirken und der Ortschaft Weißig geschlossen für die Standorte stimmte, ergab sich bei der CDU ein ambivalentes Bild. So gab es zum Teil auch Zustimmung. Auch wenn es bei den ehemaligen bürgerlichen Parteien CDU und FDP noch konservative Kommunalpolitiker gibt, so merkt man hier sehr deutlich für welche Politik diese beiden Parteien stehen.

Die FDP ist in der Bundesregierung und damit unmittelbar verantwortlich für den aktuellen weiteren massiven und unkontrollierten Zugang der Sozialsystem-Migranten und die CDU war bis 2021 dafür verantwortlich. Aktuell gibt es in Sachsen ca. 16.000 abgelehnte Asylbewerber, die jedoch nicht durch die CDU-geführte sächsische Landesregierung abgeschoben werden.

22.500 „Flüchtlinge“ leben derzeit in Dresden!

In Dresden leben derzeit über 15.000 Personen im Kontext Flucht und Asyl, die über das Asylticket sowie ca. 7.500 Ukrainer, die über das Kriegsflüchtlingsticket ins Land gekommen sind (Stand 28.2.2023). Dadurch hat sich die Zahl der in Dresden registrierten Ausländer alleine in den letzten 12 Monaten um über 11.000 auf aktuell ca. 62.500 (01/2023) erhöht. Bis zum Jahresende rechnet die Landeshauptstadt mit über 2.200 weiteren „Asyl“-Bewerbern.

Bezahlbarer Wohnraum für Einheimische kaum noch vorhanden!

Neben 14 kommunalen Asylwohnheimen ist ein großer Teil dieser Personen dezentral in Wohnungen untergebracht.



Dadurch wird der einheimischen Bevölkerung massiv bezahlbarer Wohnraum entzogen. In Zeiten der politisch gewollten Energiepreisverteuerungen ein weiteres Problem für viele finanzschwache Bürger.

Personen im Kontext Flucht und Asyl sind statistisch gesehen deutlich krimineller

Der Anteil von Personen im Kontext Flucht/Asyl aller Bewohner von Dresden beträgt ca. 2%. Der Anteil dieses Personenkreises bei den Tatverdächtigen betrug im 4. Quartal 2022 in Dresden jedoch 13,7%. Statistisch gesehen sind Personen im Kontext Flucht/Asyl fast sieben Mal häufiger Tatverdächtige (Quellen: Freistaat Sachsen, LH Dresden). Man darf bei einem Faktor 7 durchaus von einer stark erhöhten Kriminalitätsgefahr und somit von einem berechtigten Sicherheitsbedenken der Dresdner Bürger sprechen.

Die AfD fordert: Abschieben und Aufnahmestopp!

Die AfD wird sich natürlich klar gegen jede weitere „Asyl“-Unterkunft positionieren. Statt immer neue Kapazitäten zu schaffen, muss endlich konsequent die Abschiebung von ausreisepflichtigen Asylbewerbern vollzogen werden. Wenn das der Freistaat nicht machen möchte, muss OB Hilbert endlich einen Aufnahmestopp aussprechen.





Finanzpolitische Märchen zur Inflation 2 – Die sogenannte bereinigte „Kerninflation“

In der letzten Ausgabe der Aufrecht hatte ich mich mit den Ursachen der Inflation, insbesondere der beachtlichen Geldmengen-Ausweitung durch die europäische Zentralbank und die Verschuldungspolitik der EU Mitgliedsstaaten befasst. Seitdem hat die europäische Zentralbank zur Inflationsbekämpfung den Leitzins von 1,25 % auf mittlerweile 3,75 % erhöht. Es werden weitere Zinsschritte erwartet.

Wir Bürger haben jedoch nicht den Eindruck, dass die Inflation zurückgeht, wenn wir Lebensmittel kaufen, unsere Heiz- und Spritkosten bezahlen oder im Restaurant essen gehen. Neuerdings wird uns suggeriert, dass es im Grunde nicht um eine Gesamtbeurteilung der Inflationsrate geht, sondern um die sogenannte Kerninflation. Die Kerninflation in der Eurozone wurde zuletzt von der EZB mit 5,6 % angegeben. Damit liegt sie immer noch knapp 200 % über dem von ihr selbst gesetzten Inflationsziel von 2 %.

Tatsächlich aber liegt die Inflationsrate in der EU aktuell bei 7 %

Woran liegt das? Die europäische Zentralbank berechnet derzeit die **Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittelpreise** und nennt dies „bereinigte“ Kerninflation. Energie und Nahrungsmittelpreise wären starken Schwankungen unterworfen und deshalb könne man sie bei Berechnung der Inflationsrate nicht berücksichtigen. Das ist ein völlig unzulässiger Taschenspielertrick. Die Inflationsrate soll den Anstieg der Güter des täglichen Bedarfs beschreiben. Essen und heizen müssen wir alle tagtäglich und exakt das spüren wir in unserem Geldbeutel massiv. Wir können also konstatieren, dass die Zinserhöhungen der letzten

Zeit die Inflationsrate gerade nicht nach unten gebracht hat und sich damit die EZB nur aufgrund eines irreführenden Tricks in der Erfassungspraxis als „erfolgreich“ in der Inflationsbekämpfung feiern lässt. Die Zinserhöhungen verfehlen ihre Wirkung, weil Europa und auch die restliche Welt unter einer massiven Inflation, die an eine Stagflation grenzt, leidet. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn beschreibt die Situation wie folgt: „Eine Stagflation ist eine Situation, in der das Angebot aus strukturellen Gründen begrenzt ist, sei es durch Pandemie, Krieg, Streiks, Energieknappheit und ineffiziente Verwaltungsstrukturen, während die Nachfrage künstlich auf einem Niveau stabilisiert wird, das über den durch die Produktion verdienten Einkommen der Menschen liegt.“

Der Nachfrageüberhang erzeugt die Inflation.

Die Staatsverschuldung ist das wichtigste Mittel, mit dem die Politik zu einem solchen Nachfrageüberhang beiträgt“. Aktuell erleben wir Streiks wegen höherer Löhne, die bei Licht betrachtet aber nur einen Inflationsausgleich ausmachen, also die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung nicht auch noch real schmälern. Dennoch werden bekanntermaßen höhere Löhne auf die Preise umgelegt und **so nährt in einer**

Stagflation die Inflation sich selbst.

Ein Ende ist noch lange nicht in Sicht. Ich fürchte wir stehen erst am Beginn einer ungesunden Entwicklung. Eine Pandemie kann man möglicherweise staatlicherseits nicht vermeiden. Krieg, Energieknappheit und ineffiziente Verwaltungsstrukturen kann ein Staat vermeiden. Deshalb wäre es sinnvoll, sich möglichst umgehend für den Frieden zu engagieren, extrem teure Waffenlieferungen ins Ausland zu stoppen, Energie kostengünstig ohne Sanktionsbeeinflussung zu besorgen und die überbordende Bürokratie zu beseitigen. All dies sind Maßnahmen, die tatsächlich einer inflationären Aufwärtsspirale entgegenwirken könnten. Es sind Forderungen der AfD. Man müsste sie nur umsetzen.

Hans-Werner Sinn verweist darauf, dass die heutigen Rentner und Kleinsparer die Last der hohen Staatsverschuldung auf nationaler und auf europäischer Ebene tragen. Er befürchtet im Endeffekt **massive Umverteilungseffekte**, sodass darüber auch die Gesellschaft zerbrechen könnte. Ich erwähne dies, weil der AfD ständig vorgeworfen wird, sie würde oder wolle die Gesellschaft spalten. Dies will sie nicht. Sie will durch eine sinnvolle Finanzpolitik gerade die Gesellschaft zusammenhalten. *JK

Expertenforderung: Impfungen stoppen und juristische Schritte gegen Verantwortliche einleiten

Fehlende Daten und nicht abschätzbare Risiken kritisiert.



Im Januar dieses Jahres fand im sächsischen Landtag auf Initiative der AfD-Fraktion eine Expertenanhörung zum Thema „Mut zur Wahrheit! Gesundheitliche Schäden durch COVID-Impfungen vollumfänglich erfassen und Betroffene unterstützen“ statt. Was die geladenen Fachleute zu sagen hatten, gab zu denken und bekräftigte noch mehr unsere Skepsis gegenüber den Corona-Impfungen und ihren Nebenwirkungen.

Selbst Dr. Thomas Grünewald, Vorsitzender der Sächsischen Impfkommission und somit von Amts wegen natürlich ein Befürworter der Impfungen, musste zugeben, dass die Impfungen **erhebliche Nebenwirkungen** nach sich ziehen. Er sagte: „Das ist die Myokarditis, die Herzbeutelentzündung. Es ist der Mangel an Blutplättchen belegt, auch Thrombosen, insbesondere viszerale Thrombosen. Im Körpersystem befindliche Venenentzündungen bzw. Venen-

knotenschwellungen und bestimmte aufsteigende Lähmungen. Die sogenannte chronisch inflammatorische demyelinisierende Polyneuropathie ist belegt, auch die Gesichtsnervnlähmung.“ Recht viel für eine Impfung, die uns von der Regierung als „frei von Nebenwirkungen“ propagiert wurde.

Deutliche Worte auch von Datenanalyst Tom Lausen. Er kritisierte vor allem die mehr als mangelhafte Datenlage. Was aus seiner Sicht vor allem daran liegt, dass die gesetzlichen Krankenkassen **keine Daten über Nebenwirkungen** an das Paul-Ehrlich-Institut übermitteln. Obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet wären. Auch Krankenhäuser würden Diagnosen nur sehr zögerlich übermitteln. Lausen sagte zudem, Staatsministerin Köpping habe es „frei erfunden“, dass Daten zu Impfkomplicationen ordnungsgemäß an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gemeldet wurden. Fakt sei: Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen habe keine entsprechenden Daten an das PEI geliefert.

Zudem habe Sachsen Obduktionen regelrecht verweigert.

Lausen fordert daher die Einleitung juristischer Schritte gegen die Verantwortlichen. Weiter sagte er, dass das Zurückhalten von Informationen ein Skandal sei und dringend aufgearbeitet werden müsste. Er mahnte zudem an, dass die Corona-Impfschadenanträge in Sachsen zwanzigmal höher sind als die Anträge, die im Zusammenhang mit anderen Impfstoffen gestellt worden sind. Sehr klare Worte fand auch der Patho-

loge Dr. Michael Mörz. Er stellte zunächst fest, dass das sogenannte „Spike-Eiweiß“ eben nicht, wie zunächst von offizieller Stelle behauptet, an der Einstichstelle verbleibt, sondern sich durch den ganzen Körper bewegt. Und dann an bestimmten Stellen wie Herz oder Gehirn zu **gefährlichen Gegenreaktionen** in Form von Entzündungen führen kann. „Die genbasierten Impfstoffe haben teils tödliche Nebenwirkungen.“, fasste er seine Erkenntnisse zusammen.

Dabei sei, eben wegen fehlender Daten, die Dunkelziffer bei Nebenwirkungen etwa zehnmal höher als die offiziellen Zahlen.

Weshalb er auch fordert, **die Impfungen sofort einzustellen** und erst wieder aufzunehmen, wenn gesicherte Erkenntnisse über deren Nebenwirkungen vorliegen. „Ich persönlich bin für ein Moratorium der Impfung, sprich: Wir sollten erst einmal über die Zukunft nachdenken und nicht weiter impfen.“ Eine Forderung, der wir uns anschließen. Ehe nicht wirklich wissenschaftlich völlig geklärt ist, was die Gen-Impfstoffe anrichten können, sollte niemand mehr – ob freiwillig oder nicht – geimpft werden!

Als AfD werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um Verfehlungen aufzudecken. Des Weiteren fordern wir, dass die Impfungen vorerst eingestellt und alle diejenigen, die vermutlich an der Corona-Impfung verstorben sind, auf Kosten des Staates obduziert werden. *AW





Tino Chrupalla

Im Interview

Er ist der Bundessprecher der Alternative für Deutschland, direkt gewählter Abgeordneter in seinem Wahlkreis Görlitz und Fraktionsvorsitzender der AfD im Deutschen Bundestag: Tino Chrupalla

Tino, schön dass du trotz deines vollen Terminkalenders die Zeit gefunden hast, unseren Lesern die aktuelle Lage aus deiner Sicht zu schildern. Dafür schon mal vielen Dank vorab.

Nichts zu danken. Wir erarbeiten unsere Positionen gemeinsam. Und wir müssen den Bürgern immer wieder rückspiegeln, dass wir diese Positionen auch entschieden vertreten. Von daher freue ich mich über die Anfrage aus der sächsischen Heimat.

Erst kürzlich präsentierte die deutsche Außenministerin ihren Plan einer „feministischen Außenpolitik“. Was hältst du davon?

Diese wertegeleitete, neuerdings „feministische“ Außenpolitik verstößt gegen deutsche Interessen. Die Welt tanzt eben nicht mehr nach der Pfeife des Westens. Das muss endlich auch der Letzte merken. In unserem Grundsatzprogramm steht: „Wir treten dafür ein, sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten nicht einzumischen. Die AfD vertritt eine Außenpolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Interessen Deutschlands zu wahren.“ Diese interesselgeleitete Politik ist nicht verhandelbar. Sie ist unser Erfolgsrezept für

die Zukunft. Mit ihr sind wir weltweit anschlussfähig.

Dem Wertewesten, allen voran den USA, war unser Energiebezug aus Russland schon länger ein Dorn im Auge, obwohl mit günstigem russischen Erdgas als Brückenenergieträger die „Energiewende“ herbeigewünscht werden sollte. Wie ist deine Meinung dazu?

Wirtschaftsminister Robert Habeck hat schon 2016 die Absicht bekundet, den Gasimport aus Russland zu stoppen, weil Deutschland ein Energiewendeland sei.

Die Grünen wollen in Wahrheit einen Wirtschaftskrieg gegen die halbe Welt führen: zuerst Russland, bald China, unseren wichtigsten Handelspartner.

Es heißt, wir sollen uns unabhängig machen von Rohstoffen und Hightech aus dem Osten. Dabei machen wir uns einseitig abhängig vom Westen. Teures und dreckiges Frackinggas aus Übersee

statt günstigem Gas durch Nord Stream? Nein danke!

Du sprichst Nord Stream an. Auch die Dresdner fragen sich: Wer ist verantwortlich für die Sprengung und damit für die aktuell exorbitant hohen Energiekosten?

Das sind Fragen, mit denen sich das Kanzleramt täglich beschäftigen müsste. Tatsächlich haben wir seit dem Anschlag wenig gehört. Offenbar interessiert sich die Bundesregierung für die Ermittlungsergebnisse gar nicht. Oder sie kennt die Hintergründe und will sie uns Abgeordneten nicht mitteilen.

Ich habe daher einen Untersuchungsausschuss im Bundestag und im Europäischen Parlament gefordert: Entspricht die Darstellung des berühmten Journalisten der Realität? Warum informiert uns Schweden nicht über die Ergebnisse seiner Ermittlungen? Welche Rolle spielt Polen, dessen Präsident schon im August 2022 den Abriss von Nord Stream 2 gefordert hat?

Bundesaußenministerin Frau Baerbock nennt all diese Staaten unsere Freunde. Ich sage: Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. Und die Alter-

native für Deutschland ist die einzige Partei, die deutsche Interessen vertritt.

Ein Thema überdeckt im Augenblick alle übrigen Themen: der Ukraine-Konflikt. Für dich ist Die Alternative für Deutschland FRIEDENS-PARTEI. Wie drückt sich das aus?

Fast alle Fraktionen im Deutschen Bundestag reden über Waffen für die Ukraine. Wir reden über Diplomatie und zeigen mit einem AfD-Friedensantrag auf, wie Frieden zu erreichen ist. Mit unserer Friedensinitiative hat sich die AfD dabei für ein Ende des Ukraine-Kriegs stark gemacht. Es bedarf endlich Verhandlungen auf Augenhöhe.

Deutschland muss sich als neutraler Mittler mit diplomatischen Mitteln für den Frieden einsetzen!

Aktuell platzen vieler Orts die Unterkünfte für „Asylbewerber“ aus allen Nähten. In Dresden werden eilig Notunterkünfte aus dem Boden gestampft. Es gibt täglich Proteste dagegen, der soziale Frieden ist gefährdet, viele Dresdner haben auf gut Sächsisch „die Schnauze voll“ von

weiterer Einwanderung in unsere Sozialsysteme.

Deutschland ist der Magnet für unkontrollierte Zuwanderung nach Europa. Die Politik der offenen Grenzen destabilisiert unser Land und den Kontinent. Die meisten Zuwanderer, die in den letzten Jahren in unser Land gekommen sind, gehen keiner geregelten Arbeit nach und zahlen unter dem Strich nicht in unsere Sozialkassen ein. Immer wieder verüben Zuwanderer brutale Messerattacken. Der Anteil von Tatverdächtigen unter Ausländern ist teilweise sechs Mal höher als im Gesamtdurchschnitt. Wir fordern: Kriminelle Zuwanderer müssen sofort abgeschoben werden!

Die Bundesregierung muss endlich falsche Anreize zur Zuwanderung abstellen.

Geldleistungen sind in Sachleistungen umzuwandeln. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen endlich abgeschoben werden.

Wiederholt sich 2015?

Die Wahrheit ist, die unkontrollierte Zuwanderung seit 2015 hat niemals aufgehört, sie wurde auf Dauer gestellt.



Fast eine Viertelmillion Asylersanträge wurden vergangenes Jahr in Deutschland gestellt. Deutschland bleibt Migrationsziel Nummer 1 in Europa. Das kann so nicht weitergehen. Die Alternative für Deutschland steht für einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik. Wir wollen die massenhafte Zuwanderung im Namen von Asyl beenden. Nur ausgewählte Schutzbedürftige sollen in den Genuss von Asyl kommen. Asyl und Migration müssen getrennt werden. Wer regulär einwandern will, muss qualifiziert und unbedenklich sein!

Tino, vielen Dank für deine Zeit. Was möchtest du den Dresdnern noch in zwei Sätzen sagen?

Die AfD ist die Partei derer die arbeiten und Deutschland am Laufen halten. Das haben wir immer im Blick, dafür kämpfen wir und für UNSER LAND ZUERST!



„Die AfD ist die Partei derer die arbeiten und Deutschland am Laufen halten.“

Stadtrat beschließt neue Hauptsatzung

Neuer Zuschnitt der Geschäftsbereiche und „Klimabeirat“

Der Stadtrat hat in der Sitzung am 26. Januar 2023 mit einer Mehrheit von 39 zu 30 Stimmen bei einer Enthaltung die Änderung der Hauptsatzung beschlossen. Somit gibt es zukünftig nur noch sechs anstatt sieben Fachbürgermeister und damit einhergehend eine Neugestaltung der Geschäftsbereiche. Zudem wird ein sogenannter Klimabeirat neu eingeführt. Die AfD-Fraktion stimmte gegen die Änderungen und rügte das Verfahren, auch in Bezug auf die nachfolgenden Beigeordneten-Wahlen, scharf. Aus Sicht der AfD-Fraktion ist der Beschluss ein Armutszeugnis für den Dresdner Stadtrat: Erst suchten sich Grüne, Linke und CDU das Personal für die zu besetzenden Stellen aus und dann schusterte

man ihnen die Aufgabenbereiche so zusammen, dass es ungefähr zu den eigenen Vorlieben passt.

Statt die besten Köpfe für die Landeshauptstadt Dresden zu finden, etabliert man einen immer größeren Verwaltungswasserkopf.

Den Schaden an dieser Schaffung von hochdotierten Versorgungsposten tragen die Dresdner Bürger, denn viele Verwaltungsabläufe werden zukünftig mehr Zeit und Aufwand in Anspruch nehmen.

Um sich die nötige Mehrheit zu sichern, wurden die Dissidenten mit ihrem Vorhaben eines Klimabeirates eingekauft. Anstatt zu den angekündigten Einsparungen trägt der neue Klimabeirat weiter zur Gängelung der Bürger bei.



Neue Schwimmhalle für Klotzsche fällt ins Wasser

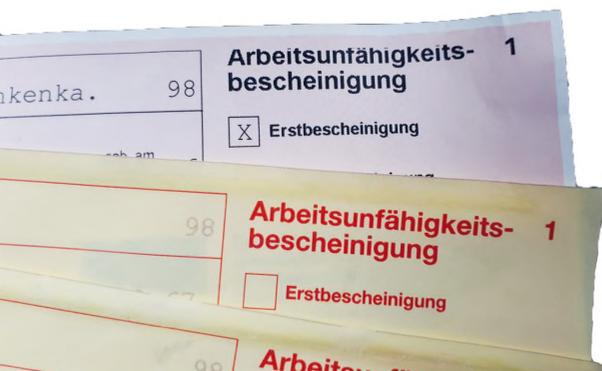
Die neue Schwimmhalle in Klotzsche soll nicht gebaut werden. Wegen steigender Bau- und Energiekosten macht die Dresdner Bäder GmbH einen Rückzieher und **legt das Projekt trotz eines gültigen Baubeschlusses für unbestimmte Zeit auf Eis**. Im Dresdner Norden sorgt die Entscheidung für große Enttäuschung. Die AfD-Stadtratsfraktion kritisiert dieses Vorgehen.

Ein städtisches Unternehmen wie die Dresdner Bäder GmbH dürfe kein derartiges Eigenleben entwickeln und sich über bereits gefasste Beschlüsse einfach hinwegsetzen. Das Problem hätte **frühzeitig und offen** seitens der Dresdner Bäder GmbH kommuniziert werden müssen. Die AfD-Fraktion hätte jegliche Unterstützung zur Realisierung des Projektes mitgetragen. Laut Dresdner

Bäder GmbH würde der Bau der neuen Schwimmhalle mittlerweile mit **zehn Millionen Euro mehr** zu Buche schlagen als geplant. Die Bürger werden wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt und sind die Leidtragenden. Schließlich wird die neue Schwimmhalle sowohl für den Schwimmunterricht als auch für den Breitensport im Dresdner Norden dringend benötigt. Daher fordert die AfD-Fraktion, die bereits beschlossenen Pläne entsprechend umzusetzen.



177.954 Krankentage bei der Hauptstadt



Die insgesamt 6.841 Beschäftigten der Stadtverwaltung haben im Jahr 2022 für 177.954 Tage eine Krankschreibung vorgelegt. 26 Krankentage pro Mitarbeiter liegen weit über dem bundesdeutschen Schnitt. Zudem haben sich im Jahr 2022 durchschnittlich 121,5 Vollzeitäquivalente im Langzeitkrank befunden: Wie viele Mitarbeiter 2022 in Corona-Quarantäne mussten, konnte die Stadt hingegen nicht beantworten, ebenso ob

und in welchem Umfang es auf Grund dessen Homeoffice gab. Die AfD-Stadtratsfraktion wird die Entwicklung weiter im Auge behalten. Ob der hohe Krankenstand auch in Zusammenhang mit den vom Rathaus umgesetzten Energiespar-Maßnahmen steht - **die Raumtemperatur in den Büros wurde auf 19 Grad gesenkt** - darf stark angenommen werden, wird sich jedoch nicht klären lassen.

AfD-Fraktion fordert effektives Asyl-Management

Um der aktuellen Krisensituation Herr zu werden, hat die AfD-Stadtratsfraktion einen Antrag für effektives Verwaltungsmanagement im Kontext Asyl und Migration (A0436/23) gestellt. Ziel des Antrages ist es, eine Arbeitsgruppe Asyl einzurichten und die Stadträte besser über aktuelle Entwicklungen sowie die Standortsuche und Planung von Unterbringungsmöglichkeiten zu informieren. Neben den Stadträten sollen des Weiteren auch die Leiter der Stadtbezirksämter und Ortschaften sowie die Stadtbezirksbeiräte beziehungsweise

Ortschaftsräte besser informiert und in die Standortsuche und Planung für neue Unterbringungskapazitäten mit einbezogen werden.

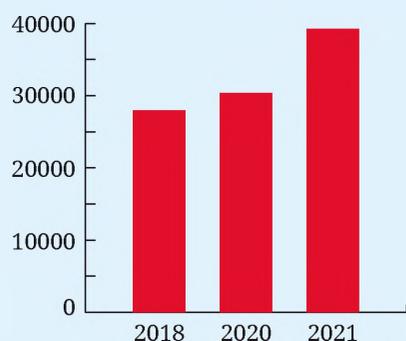
Zudem fordert der AfD-Antrag, dass vor der Beschlussfassung durch den Stadtrat für neue Unterbringungskapazitäten eine **Einwohnerversammlung** durchgeführt werden soll. Ebenso soll die **Rückkehrberatung des Sozialamtes** gestärkt werden und der Oberbürgermeister sich bei der Sächsischen Staatsregierung für eine rasche Abschiebung



der sich in Dresden aufhaltenden vollziehbar ausreisepflichtigen Personen einsetzen. Insbesondere der basisdemokratische Ansatz sowie die Transparenz des Verwaltungshandelns war für die AfD-Stadtratsfraktion wichtig. Die AfD-Fraktion legt den Finger in die Wunde: das zeigt sich bereits dadurch, dass Oberbürgermeister Hilbert den Antrag nicht zulassen wollte.

Hätten Sie es gewusst?

Feuerwehreinsätze in Dresden

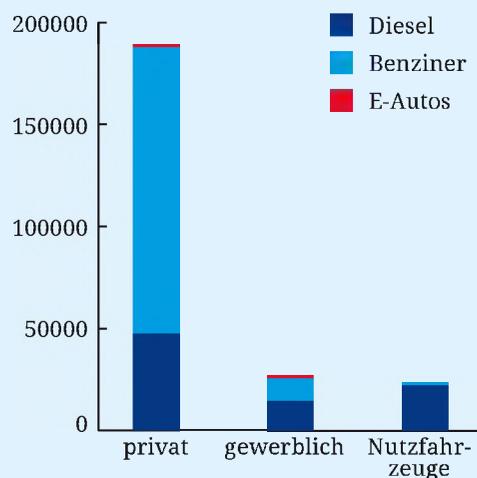


39.231 **Feuerwehreinsätze** gab es im Jahr 2021 in Dresden (für 2022 liegen die Gesamteinsatzzahlen noch nicht vor). Das ist eine Steigerung von ca. 9.000 Einsätzen ggü. 2020 (30.324) und über 11.000 Einsätzen ggü. 2018 (27.989). Den Großteil der Einsätze machten Rettungsdienst-Einsätze aus.

Brand-Einsätze waren in den letzten Jahren etwas rückläufig, stiegen im Jahr 2022 aber wieder stark an (1.047). Bei den Fehlalarmen ist seit Jahren eine stete Zunahme zu verzeichnen. Diese betragen im letzten Jahr 2.601.

Das **Durchschnittsalter** bei der Dresdner Berufsfeuerwehr liegt derzeit bei knapp 40 Jahren und bei der Freiwilligen Feuerwehr bei ca. 36 Jahren.

KFZ-Zulassungszahlen

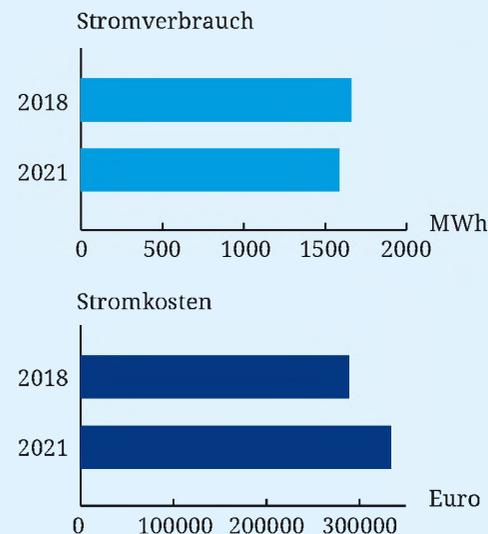


Mit Stand Ende Januar 2023 waren in Dresden 198.082 PKW **privat** zugelassen. Darunter u.a. 47.425 Diesel, 140.454 Benziner und 1.440 E-Autos.

Im **gewerblichen** Bereich lagen die PKW-Zulassungszahlen bei 31.691 Fahrzeuge. Darunter 14.233 Diesel, 10.776 Benziner und 1.554 E-Autos.

Von den insgesamt 23.351 zugelassenen **Nutzfahrzeugen** waren 21.607 dieselbetrieben, 1.543 Benziner und 211 elektrisch. Auf die LH Dresden (inkl. der Eigenbetriebe) sind derzeit 1.384 Fahrzeuge zugelassen (Stand 17.1.2023)

Stromverbrauch im Neuen Rathaus



Während sich der **Stromverbrauch**, trotz hohen Krankenstandes und Homeoffice, nur um **4,5%** von 1659,62 MWh im Jahr 2018 auf 1584,79 MWh im Jahr 2022 verringerte, stiegen die Kosten durch die politisch verursachten (und gewollten) Energiepreissteigerungen um fast **16%** von 287.752 Euro (2018) auf 332.994 Euro (2022). Ein Ende der Kostensteigerungen ist nicht abzusehen, da die Strompreise auch in 2023 weiter ansteigen werden.

„Zivilgesellschaft“

Eine (teure) Mogelpackung

Ein wichtiges Instrument für unsere Arbeit als Oppositionspartei sind Kleine und Große Anfragen. Mein Team und ich haben in der laufenden siebten Wahlperiode schon über 200 Kleine Anfragen erarbeitet. Viele davon widmen sich den Aktivitäten **linksradikaler, auch der Antifa nahestehender, Vereine**, die teilweise großzügig mit Steuergeldern gefördert werden. Die transportierten Inhalte sind dabei häufig alles andere als unbedenklich.

Aus dieser Rechercharbeit ist die vorliegende Broschüre entstanden. Ich vermute, Sie, liebe Leserinnen und Leser, werden staunen, was so alles mit Ihren Steuern finanziert wird. Ich wünsche Ihnen eine augenöffnende (und vielleicht trotzdem vergnügliche) Lektüre.

Was bedeutet Zivilgesellschaft - sind wir das alle? Sie, Ihr Kumpel und Ihre alte Nachbarin, der Verein für Obdachlosenhilfe, der Karnevalsverein? So sollte es sein. Aber der Begriff hat leider eine fragwürdige ideologische Schlagseite – er schließt gerade nicht uns alle ein, sondern viele Menschen aus. „Zivilgesellschaft“ bezeichnet nämlich nicht die Vielfalt unserer menschlichen Beziehungen und Gemeinschaften, wie wir sie erleben, sondern ist exklusiv für Vereine und andere Organisationen reserviert, die linke Politik in die Breite tragen sollen. Die (steuerfinanzierte) Bundeszentrale für

politische Bildung wird auch ganz deutlich: **Die Zivilgesellschaft solle „Probleme wie Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit thematisieren“ durch „Agenda Setting“.** Linksextremismus oder Islamismus bleiben ungenannt.

De facto geht es darum, alle nicht linken Positionen als „rechtsextremistisch“ zu brandmarken und so unmöglich zu machen.

Unsere Broschüre gibt Einblicke in das Thema und kann doch nur die Oberfläche des Fördersumpfes, der Vetternwirtschaft und Versorgungsnetzwerke hunderter Vereine in unzähligen Netzwerken Sachsens beleuchten. Was sind die Leitbilder? Wer hängt mit wem zusammen? Wer bezahlt das alles? Wem nutzt und wem schadet es? Was verbirgt sich hinter der Fassade?

Das Thema wird und muss uns in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen. Es muss uns gemeinsam gelingen, mehr Menschen zu sensibilisieren und den Sumpf staatlich subventionierter Propaganda dauerhaft auszutrocknen.

Ich hoffe und freue mich auf Ihre Unterstützung! *MJ

Nur 17 Personen mit „drittem Geschlecht“ eingetragen

Nur 14 Personen ließen sich innerhalb eines Jahres in Sachsen ihr Geschlecht von männlich oder weiblich in „divers“ ändern. Laut AfD-Anfrage (7/12614) wurden zusätzlich drei Neugeborene mit dem „dritten Geschlecht“ registriert. Wegen gerade einmal 0,0004 Prozent der Sachsen, die Probleme in der sexuellen Orientierung haben, muss die Mehrheit der Menschen erhebliche Belastungen, die Verunstaltung unserer Sprache durch „Gendersprache“ und die Ausgabe von Unsummen an Steuergelder für die Transgender-Lobby hinnehmen.

Über 100.000 Sachsen verweigern Rundfunkgebühr

Laut AfD-Anfrage (7/12716) gab es in Sachsen im letzten Jahr 144.390 Privathaushalte und 7.845 Unternehmen, die sich in der höchsten Mahnstufe für nicht gezahlte Rundfunkgebühren befanden. Es ist zu vermuten, dass die Mehrheit der säumigen Beitragszahler prinzipielle Verweigerer sind, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seine Zwangsgebühren ablehnen. Zwangsgebühren müssen abgeschafft und der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf seine Kernaufgaben verschlankt werden.

CDU lehnt Nord Stream-Reparatur ab

Die sächsische CDU-Fraktion hat einen Antrag der AfD abgelehnt, Nord Stream 1 und 2 reparieren zu lassen (Drs. 7/12479). Kein Land der Welt kann Energie mit hunderten Milliarden Euro subventionieren, ohne Schritt für Schritt zu einem Arme-Leute-Staat zu werden. Die Industrie verlässt Deutschland und die Menschen verarmen. Durch die Ablehnung dieses Antrages zeigte die CDU wiederholt ihr Paktieren mit den deutschlandzerstörenden Parteien.



Gegen die schwarzrotgrüne Sprachdiktatur!

Was als Sammlung der von den sächsischen Kurfürsten gegründeten Kunstkammer im Jahre 1560 begann und über die Jahrhunderte ausgebaut wurde, gehört heute unter dem Namen „Staatliche Kunstsammlungen Dresden“ (SKD) dem Freistaat Sachsen und damit all seinen Bürgern. **Die SKD soll die Schätze im Sinne der Eigentümer ausstellen, bewahren, erforschen und mehren.** Anstatt sich ausreichend Gedanken um die sichere Aufbewahrung der ihnen anvertrauten Schätze zu machen, erschien es der Leitung der Museen wichtig, alle Titel der Werke in den verschiedenen Sammlungen daraufhin zu überprüfen, ob sie Bezeichnungen enthielten die rassistisch oder anderweitig diskriminierend sind.

*Kunstwerke wurden mit nichtsagenden, unspezifischen Bezeichnungen versehen, teilweise durch **** verunstaltet.*

Diese haben aber unter einem Namen weltweite Berühmtheit erlangt, der dem damaligen Sprachgebrauch entsprach oder sind eventuell vom Künstler ausdrücklich so benannt worden.

Bevor man aber Änderungen am Eigentum vornimmt, sollte man den Eigentümer fragen. Da dies nach Eindruck einer großen Anzahl von Bürgern nicht erfolgt ist, wendeten sich **über 8000 von ihnen in einer Petition** an die SKD und am Ende auch an den Sächsischen Landtag. (Sammelpetition 07/01472/7) Den Abgeordneten der AfD-Fraktion waren diese Umbenennungen durch die SKD schon immer unverständlich. Wir haben in mehreren kleinen Anfragen (Drs. 7/7287, 7/7680) an die Staatsregierung versucht, die Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu ergründen. Die

Antworten waren wenig überzeugend. Denn selbst wenn Umbenennungen erfolgten, weil aus heutiger Sicht eine falsche geographische Zuordnung gewählt worden war, stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit. Auch die geographische Bezeichnung „Westindische Inseln“ beruht auf mehreren falschen Annahmen und welchen Sinn es machen soll ein Werk, welches bisher als „Hund, Zwerg und Knabe“ bekannt war, nach einer wissenschaftlichen Begutachtung nun „Hund, siger Mann zu nennen, sich uns ist mit dem Wort „Riese“?



Ist das auch diskriminierend und wir schreiben bald viele Märchen um? Wir haben darum schon im Jahr 2021 einen Antrag (Drs.7/7878) in den Landtag eingebracht, diese politisch motivierten Umbenennungen zurückzunehmen. **Leider wurde dieser mit den Stimmen der Regierungsmehrheit (also auch der CDU-Abgeordneten) abgelehnt.**

Durch o.g. Petition wurde deutlich, dass die Angelegenheit weiter von hohem allgemeinen Interesse ist, ich habe darum als Mitglied im Petitionsausschuss mir die Angelegenheit zu Eigen gemacht und die Mit-Berichterstattung beantragt. Leider kamen die Staatsregierung und ein weiterer Berichterstatter zu dem Ergebnis:

„Der Petition kann nicht abgeholfen werden“

Wegen der Diskussionswürdigkeit der Begründung und der Wichtigkeit des Anliegens erschien es sinnvoll, dazu Experten anzuhören. Auch die SKD sollte die Möglichkeit erhalten, ihre Argumente darzulegen. So wurde von den AfD-Abgeordneten zu dem Thema eine **Anhörung von Sachverständigen** beantragt. Dem großen Interesse der Angelegenheit entsprechend, hatten wir gefordert, hierzu die Öffentlichkeit zuzulassen. Unverständlicherweise wurde auch dies wieder von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Wenigstens konnte ich erreichen, dass einige Petenten zu dem Termin geladen werden.

Als Leser der AUFRECHT haben Sie allerdings die Möglichkeit, sich in der nächsten Ausgabe über den Fortgang der Angelegenheit zu informieren. Die AfD-Fraktion bleibt weiter dem gesunden Menschenverstand verpflichtet, dies garantiert Ihnen. *HJZ

Landesparteitag in Glauchau

In der Sachsenlandhalle im mittelsächsischen Glauchau fand am 25. März 2023 der Landesparteitag der AfD- Sachsen statt.

Im Vordergrund stand die Wahl der besonderen Vertreter zur Europawahlversammlung nach § 16 der AfD- Bundessatzung. Die insgesamt gewählten 45 Delegierten vertreten die AfD Sachsen im Sommer bei der Aufstellungsversammlung. Auch wurden 18 Ersatzdelegierte gewählt.

An zwei Wochenenden werden Vertreter aus allen AfD-Landesverbänden unsere Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2024 wählen. Neben einigen Satzungsänderungen wurde auch der politische und wirtschaftliche Rechenschaftsbericht vorgetragen und diskutiert. Der Vorstand sowie der Schatzmeister wurden für das Jahr 2021 entlastet.

Dank der wie immer guten Organisation, der Arbeit der vielen freiwilligen Helfer und der Disziplin bei den Mitgliedern konnten wir den Parteitag am Sonnabend beenden.



Schreiben Sie uns!

Sie haben Fragen zu unseren Beiträgen oder möchten gerne zu aktuellen Themen und Problemen berichten?

Dann schreiben Sie uns, entweder per Mail an redaktion@afd-dd.de oder an AfD Dresden, Tauernstraße 1a, 01279 Dresden.

MITGLIED WERDEN & MITGESTALTEN

Sie können die aktuelle zerstörerische Politik mit all den Lügen nicht mehr ertragen und wollen etwas dagegen tun? Dann werden Sie aktiv für unser Land und unsere Stadt. Werden Sie Mitglied in der Alternative für Deutschland und gestalten Sie gemeinsam mit Gleichgesinnten eine bessere Zukunft.

 afd-dd.de/mitglied-werden/

 vorstand@afd-dd.de

oder einfach per Post an:

**AfD Dresden, Tauernstraße 1a,
01279 Dresden**

afd-dd.de | fb.com/afddresden | t.me/afddresden